

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/207

Bonn, den 30. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Kleiner Silberstreifen am Horizont ?</u> Zum Brief des französischen Außenministers an Willy Brandt	55
1a	<u>Freund der Bundesrepublik</u> Zur Deutschlanddebatte im Norwegischen Parlament	30
2	<u>"Bürgerliche" Bürgermeister mit Hilfe der NPD gewählt</u> Bürgerblockpolitik in Niedersachsen	51
3 - 4	<u>Sprengstoff Mitbestimmung</u> Zum bevorstehenden CDU-Parteitag in Berlin Von Dr. Heinz Kornetzki	70
5 - 6	<u>Cnassis festigt seine Monopolstellung</u> Gefährlicher Partner für die griechischen Obristen Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	62

* * *

Kleiner Silberstreifen am Horizont ?

Zum Brief des französischen Außenministers an Willy Brandt

G.M.-Als Bundesaußenminister Willy Brandt von seiner strapaziösen Reise in mehrere lateinamerikanische Länder nach Bonn zurückkehrte, fand er auf seinem Schreibtisch einen Brief des französischen Außenministers Debré vor. Dieses Schreiben enthält Hinweise darauf, wie sich die französische Regierung ein Übergangsarrangement der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bis zum Beitritt Großbritanniens vorstellt.

Im allgemeinen war ein solcher Schritt der französischen Regierung nicht so schnell erwartet worden. Pessimisten hatten sogar gemeint, die Bundesregierung solle die Führung bei den Bemühungen um den Beitritt Großbritanniens zur EWG übernehmen und dabei sogar einen Bruch mit Paris riskieren. Bundesaußenminister Brandt hat eine solche Politik immer abgelehnt, wohl wissend, daß Europa ohne Frankreich ein Torso bleibt. Beharrlich und zielstrebig hatte er dagegen bei jeder sich bietenden Gelegenheit versucht, die französische Regierung davon zu überzeugen, daß Frankreichs bisherige ablehnende Haltung, eine Übergangslösung für den Beitritt Großbritanniens zu billigen, ganz Europa schwächen müsse.

Ob nun Brandts Argumente endlich auf fruchtbaren Boden gefallen sind, oder ob man in Paris nach den dramatischen Ereignissen in der Tschechoslowakei jetzt erkennt, wie notwendig es ist, daß Europa endlich mit einer Stimme zu sprechen beginnt, mag dahingestellt bleiben. Die Tatsache, daß die französische Regierung jetzt von sich aus sogar Einzelheiten für das von Brandt am 27. September 1968 dem Ministerrat der EWG in Brüssel vorgelegte Memorandum zu einem Übergangsarrangement zu diskutieren bereit ist und auch eigene Vorschläge hierfür unterbreitet, ist schon ein Gewinn für Europa.

Es ist verständlich, daß man im Bonner Außenministerium größte Zurückhaltung bei der Beurteilung des Briefes von Außenminister Debré wahrte. Nach dem Motto "Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling" will man zunächst genau analysieren, welche Bedeutung die französischen Anregungen haben. Beachtlich ist jedoch, daß die französische Regierung in Brüssel fast zur gleichen Zeit einige Vorschläge zum inneren Ausbau der EWG vorgelegt hat (Energiepolitik, Steuerrecht und Transportwesen) und auch als Voraussetzung für die Erweiterung der Gemeinschaften eine Harmonisierung der Zollbestimmungen, die Schaffung eines gemeinsamen Patentrechts und eines gemeinsamen Gesellschaftsrechts für die Bildung europäischer Wirtschaftsunternehmen sowie eine technologische Zusammenarbeit mit den beitriftswilligen Staaten anregt.

Am 4. November 1968 tritt der EWG-Ministerrat in Brüssel wieder zusammen. Bei dieser Gelegenheit erwartet man mit großem Interesse die Erläuterungen zu den französischen Anregungen und die sich daran anschließende Diskussion über die Möglichkeit, zwischen den deutschen und französischen Vorstellungen eine Brücke zu schlagen. Zu-

nächst sagt man in Bonn nur, man habe "viele Berührungspunkte" feststellen können. Ob diese Berührungspunkte ausreichen werden, um ein geschlossenes Konzept aller EWG-Partner entwickeln zu können, bleibt abzuwarten.

Jetzt schon darf jedoch gesagt werden, daß die Zielstrebigkeit und Beharrlichkeit des deutschen Außenministers bei seinen Bemühungen um den Zusammenhalt und die Erweiterung der EWG einen bescheidenen Erfolg erkennen lassen. Der Faden, von dem viele glaubten, er sei schon gerissen, wird wieder aufgenommen. Die Diskussion um das Weir den Europas geht weiter; sie wird nach wie vor schwierig bleiben.

+ + +

Freund der Bundesrepublik

Zur Deutschlanddebatte im Norwegischen Parlament

sp - Viele Stunden lang diskutierte das Norwegische Parlament die Deutschlandfrage, deren Bedeutung für den Frieden und die Sicherheit in Europa niemand verkannte. Erst wenn dieses "fundamentale Problem" gelöst sei, meinte der Sprecher der Opposition, könne man zu einer Entspannung in Europa kommen. Einer Lösung würde man, das betonen alle Sprecher, durch die völkerrechtliche Anerkennung der EDR nicht näher kommen, sie würde keine positiven Wirkungen zeigen und die künftigen Verhandlungen über eine Wiedervereinigung eher erschweren als erleichtern. In die Debatte schaltete sich auch der norwegische Ministerpräsident Per Borten ein, der erst kürzlich die Bundesrepublik besuchte und aus vielen Gesprächen mit deren Repräsentanten ein unmittelbares Deutschlandbild gewann.

Sein Resümee? Die sowjetische Furcht vor dem "deutschen Revanchismus" sei bei der gegenwärtigen deutschen Führungsspitze unbegründet, sie finde keine Berechtigung in den Zielsetzungen der Bundesregierung.

Für diese Feststellung gebührt dem norwegischen Ministerpräsidenten unser Dank. Das Wort des norwegischen Ministerpräsidenten ist um so mehr zu schätzen, als es vom Sprecher eines Landes kommt, das während des Zweiten Weltkrieges unter deutscher Okkupation schwer zu leiden hatte. Norwegen, mit der Bundesrepublik in der NATO verbündet, hat sich als ein wahrer Freund des deutschen Volkes erwiesen, obwohl auch in diesem Land die sowjetische und sedistische Propaganda gewaltige Anstrengungen macht, das Bild und das Wollen der Bundesrepublik Deutschland zu verdüstern. Das von Moskau und Ostberlin heraufbeschworene Gespenst eines deutschen Revanchismus und wiedererstandenen Militarismus findet im Land der Wikinger keine Resonanz. Die Norweger wissen wohl die Wahrheit von der zweckbetonten Lüge zu unterscheiden. In unserer prekären Lage ist es gut, solche zuverlässigen Freunde zu haben. Wir brauchen sie.

+ + +

"Bürgerliche" Bürgermeister mit Hilfe der NPD gewählt

Bürgerblockpolitik in Niedersachsen

sp - Was vor den Kommunalwahlen in Niedersachsen vielfach befürchtet wurde, ist nach der Wahl nicht ausgeblieben; die CDU bildete bei Bürgermeisterwahlen im Verein mit Unabhängigen Wählergemeinschaften (UWG) offen oder versteckt Koalitionen mit der NPD, um gegen die stärkste Partei, die SPD, "bürgerliche" Bürgermeister zu wählen. Nachdem am Wochenende der erste Fall einer solchen Koalition aus der Gemeinde Bissendorf (Kreis Burgdorf bei Hannover) bekannt wurde, kam es am Montag im Rat der Stadt Peine zu einer Kampfabstimmung um die Besetzung des Bürgermeisterpostens, die erheblich mehr Gewicht beanspruchen kann.

In Peine hatte die SPD bei den Wahlen am 29. September mit 14 Sitzen die absolute Mehrheit gewonnen, CDU und UWG, die eine Gemeinschaftsfraktion bildeten, kamen auf 12 Sitze, während die NPD einen Ratsherrn stellte. Nach der Wahl verlor die SPD wieder die Mehrheit, weil ein Ratsherr aus der SPD austrat, um sich der CDU/UWG anzuschließen. Damit verfügten die beiden großen Fraktionen über je 13 Sitze. Den Ausschlag bei der Wahl gab der NPD-Mann, der für den CDU-Ratsherrn Schulke stimmte. Die SPD stellt nun nur noch den stellvertretenden Bürgermeister. Was nach dem Wahlergebnis niemand für möglich gehalten hatte, schaffte die CDU mit Hilfe eines Überläufers und eines NPD-Mannes gegen den erklärten Wählerwillen.

Diesmal wird die CDU nicht mit dem Hinweis "Stammtisch-Politiker" kaschieren können, was ein Politikum ersten Ranges zu werden verspricht. Prominentester CDU-Ratsherr in Peine ist der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Hannover und Stellvertreter des niedersächsischen Ministerpräsidenten, Kultusminister Richard Langeheine, der gleiche Langeheine, der bei den Bündnissen der CDU mit der KPD in Dorfmark und Einbeckhausen sich empört gegeben hatte, nahm die NPD-Unterstützung in Peine nun erfreut hin, ohne daß allerdings bisher bekannt wurde, ob dies auf einer ausdrücklichen Absprache beruht. Den Antrag des NPD-Ratsherrn in Peine, nun auch in die Gemeinschaftsfraktion von CDU und UWG aufgenommen zu werden, wird diese Fraktion nach den Worten des Ratsherrn Langeheine noch beraten...

Während in Peine noch dahinsteht, ob es sich um eine Koalition aus CDU, UWG und NPD oder "nur" um eine willkommene Unterstützung durch die NPD ohne Absprache handelt, liegt der Fall in Bissendorf ganz klar. Hier sind CDU, UWG und NPD eine Koalition eingegangen, um gegen die stärkste Fraktion, die SPD den Bürgermeister zu stellen.

Die CDU hat inzwischen eine Prüfung dieser Angelegenheit, nötigenfalls durch ein Parteigericht, angekündigt. Nach den Erfahrungen mit den "Stammtisch-Politikern" von Dorfmark und Einbeckhausen darf man von diesem Verfahren allerdings nicht allzu viel erwarten. Das Parteigericht der CDU in Hannover sprach die Mannen aus Dorfmark glatt frei. Das angekündigte Berufungsverfahren vor dem Bundesparteigericht fand noch nicht statt, weil die schriftliche Begründung des Urteils der ersten Instanz noch nicht vorliegt. Bei der Haltung, die der Vorsitzende dieses Gerichts, der Hildesheimer CDU-Bezirksvorsitzende, Rechtsanwalt Beitzen, bisher einnahm, muß man auch zweifeln, ob diese schriftliche Begründung überhaupt in Bonn eingehen wird. Beitzen hält das Berufungsverfahren nämlich für unnötig. Eingelegt hätte die Berufung der CDU-Kultusminister und Ratsherr Langeheine...

Sprengstoff Mitbestimmung

Zum bevorstehenden CDU-Parteitag in Berlin

Von Dr. Heinz Kornetzki

Wenige Tage vor dem CDU-Parteitag in Berlin wird in konservativen Kreisen resigniert festgestellt, daß die Einheit dieser Partei, die in ihren Fundamenten auch als "Union der Sozialpartner" angelegt sei, keine Chance auf Rettung habe. Zu tief seien die Gegensätze in der brisanten Frage der Mitbestimmung. Während die CDU-Sozialausschüsse fürchten, an Einfluß innerhalb der Union zu verlieren, rüsten sich die Gegner der Mitbestimmung auf Unternehmensebene mit gefüllten Kassen zum ideologischen Kampf. Aber zum Leidwesen jener Anti-Mitbestimmungsfront dürfte sie ohne Netz der beiden christlichen Kirchen antreten müssen.

Dessen ungeachtet bemühen sich die Gegner der CDU-Sozialausschüsse um theologische Fundierung ihrer Argumente. Der "Wirtschaftsrat der CDU e.V." hat sich mit dem "Bund katholischer Unternehmer" liiert, den "Arbeitskreis Mitbestimmung" gegründet und - wie man hört - bereits über zwanzig Geistliche engagiert, die im "vorkirchlichen Raum" gegen die erweiterte Mitbestimmung zu Felde ziehen sollen.

Wie problematisch der Versuch ist, die Frage der Mitbestimmung theologisch zu fundieren, ist einer Untersuchung des Münchner Jesuiten Walter Kerber in den "Stimmen der Zeit" zu entnehmen. Kerber stellt ausdrücklich fest, daß sich ein eindeutiger Autoritätsbeweis für oder gegen die in Westdeutschland diskutierte qualifizierte Mitbestimmung nicht führen lasse: "Darum sollte nun auch der die Öffentlichkeit verwirrende Versuch, dieses Problem von der Wortexegese kirchlicher Dokumente her zu lösen und auf diese Weise die Freiheit der Sachdiskussion einzuengen, endgültig aufgegeben werden." Der Jesuit vermerkt, daß sich in der kirchlichen Eigentumslehre vielmehr neue Entwicklungen durchsetzten, mit denen keineswegs gegen eine erweiterte Mitbestimmung argumentiert werden könnte. Es sei zudem unverkennbar, daß die neueren kirchlichen Dokumente gegen eine erweiterte Mitbestimmung keine gravierenden Einwände im Namen des Eigentumsrechts mehr erheben, wie das einzelne Ansprachen Papst Pius XII. noch getan hätten. Es gebe daher keinen Grund, daß die Unternehmensleitungen ausschließlich von den Aktionären bestellt werden müßten.

Neben der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) häufen sich katholische Publikationen, die der CDU in der Frage der Mitbestimmung mangelhaftes Verständnis für die Belange der Arbeitnehmer vorwerfen. So rügt

das dem Hildesheimer Bischof Janssen nahestehende Wochenblatt "Das Wort" jene Unionskreise, die das "ernste Anliegen" der Mitbestimmung wegen des Anscheins einer "Sozialisierung" abtun. Auf die Dauer werde eine Demokratisierung auch in diesem Bereich nicht zu verhindern sein, schreibt das Blatt der norddeutschen Katholiken ins Stammbuch des "Soltauer Kreises", der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenvertreter der norddeutschen Landesverbände der CDU, die den kommenden Wahlkampf gegen die Mitbestimmung führen wollen.

Die Katholische Nachrichtenagentur (KNA), die dem Ministerpräsidentenkandidaten der CDU Nordrhein-Westfalens, Dufhues, vorwirft, wegen seiner Haltung in der Mitbestimmungsfrage eine Zerreißprobe der Union heraufzubeschwören, bezweifelt mit den CDU-Sozialausschüssen, ob der CDU-Politiker als Kandidat für dieses Amt noch tragbar sei. Dufhues zählt neben der CSU und dem "Soltauer Kreis" zu den schärfsten Gegnern des Katzer-Flügels. Die kirchenoffizielle Agentur verweist zudem auf die inzwischen bekanntgewordenen Passagen zur Mitbestimmung aus der noch unveröffentlichten EKD-Denkschrift zur Gesellschaftspolitik. Die Feststellung, daß die Vermögensbildung kein Ersatz für Mitbestimmung sei, werde bei der Bedeutung einer solchen evangelischen Denkschrift auch in der CDU nicht wegzudiskutieren sein, beschwört die KNA die christdemokratischen Mitbestimmungsgegner. Die Agentur warnt die Union zudem vor einem Wahlfiasco: "Setzt sich der Wirtschaftsflügel in der Union durch, entscheidet sich der CDU-Parteitag gegen die Ausweitung der Mitbestimmung, dann ist der Einbruch in das CDU-Wählerreservoir in den Stammgebieten der CDU möglich." Die CDU wäre gezwungen, gegen die Gewerkschaften Front zu machen und einen Keil zwischen die Arbeitnehmer und ihre Vertretungen zu treiben.

Mit den CDU-Sozialausschüssen argumentiert die kirchliche Agentur: "Wenn die CDU mehr eine Partei der Produzenten als der Konsumenten, mehr der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer, mehr der Vermieter als der Mieter ist, muß ihr Wirkraum in der Gesellschaft begrenzt sein." Bundeskanzler Kiesinger, heißt es, habe sich in seiner bisherigen Amtszeit noch bei keinem repräsentativen Arbeitnehmertreffen gezeigt. Dagegen leiste sich in dieser Partei der Industrielle Flick kraft seiner finanziellen Potenz einen eigenen Bundestagsabgeordneten. Entrüstet wird kommentiert: "Was ist das für eine Partei!"

Onassis festigt seine Monopolstellung

Gefährlicher Partner für die griechischen Obristen

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Während sich der Widerstand gegen die Militärdiktatur in Griechenland intensiviert, versucht das Regime über den krisenhaften Winter, der auf dem wirtschaftlichen Sektor das Land bedroht, Herr zu werden.

Vorige Woche explodierten im Zentrum Athens zwei neue Bomben, eine vor der Universität und die zweite in der Hauptgeschäftstraße der City; Menschen kamen dabei nicht zu Schaden. Bei diesem Anlaß wurden 50 Bürger verhaftet.

Inzwischen wurde bekannt, daß eine neue Widerstandsorganisation in Athen und Saloniki gegründet wurde, in der Vertreter der Konservativen, der Demokratisch-Liberalen und der gemäßigten Linken sich zusammenfanden. Um von der kläglichen wirtschaftlichen Lage des Landes abzulenken, publizierte das Regime die Entscheidung des Großreeders Aristoteles Onassis, der kürzlich die Witwe von US-Präsident John F. Kennedy geheiratet hat, große Investitionen in Griechenland vorzunehmen. Er beabsichtigt, eine Erdölraffinerie zu bauen, eine Aluminium-Industrie zu errichten und den Fremdenverkehr durch Verbesserung der Infrastruktur anzukurbeln.

Onassis, durch seine neue Verbindung, diesmal mit der Familie Kennedy, äußerst mächtig geworden, will die Pläne der französischen und amerikanischen Gesellschaften in Griechenland durchkreuzen und an ihre Stelle sein eigenes Monopol setzen.

Bekanntlich hatte die französische Firma Pechiney im Jahre 1962 mit der griechischen Regierung einen Vertrag abgeschlossen, der ihr das Recht einräumte, eine Aluminium-Industrie aufzubauen. (Griechenland verfügt über genügend Vorräte an Bauxit.) Die amerikanische Firma Reynolds versuchte damals vergeblich,

das Werk zu übernehmen. Jetzt wird Onassis mit dieser Firma seinen Aluminium-Konzern errichten. Gleichzeitig mit dem Bau einer Erdölraffinerie verfolgt der Großreeder das Ziel, dem Kapital des Griechisch-Amerikaners Tom Pappas, der mit der Standard Oil Company in Nordgriechenland eine Reihe von Projekten ausführte, entgegenzukommen.

Pappas war von Anfang an einer der wichtigsten Helfer der Militärregierung und hat erreicht, daß Coca-Cola nach dem Putsch in Griechenland eine Filiale baute und damit die griechische Fix-Fruchtsaft-Industrie vernichtete. Nun wird der kapitalmächtig viel stärkere Onassis den "kleinen Fisch" Tom Pappas in den Schatten drängen. Die Verträge in Höhe von zwei Milliarden DM hat Onassis schon in der vorigen Woche mit der Militärjunta abgeschlossen. Zu diesem Zweck mußte er sogar von seiner eigenen Insel Skorpios - wo er mit Jacqueline seine Flitterwochen verbringt - nach Athen zu reisen.

Die italienische Presse wollte sogar wissen, daß das Regime im Sinne habe, Onassis zum "Präsidenten der Republik" auszurufen. Das freilich würde bedeuten, daß Papadopoulos die Abschaffung der Monarchie vorbereitet. Dies war schon immer das Ziel einer Gruppe jüngerer Offiziere innerhalb des sogenannten 39-köpfigen Revolutionsrates. Aber Onassis - das wissen die, die ihn besser kennen - würde niemals seine echte Macht gegen eine scheinbare, wie die der Galionsfigur eines "Präsidenten" der Junta, eintauschen.

Tatsache ist, daß die geballte Macht, die Onassis jetzt in Griechenland durch die Errichtung seiner Monopole manifestiert, für die Kleinbürger und die bornierten Geister, die die Obristen verkörpern, auf die Dauer sehr gefährlich sein wird. - Das weiß Onassis selbst am besten. Selbstverständlich wählte Onassis den Augenblick zum Abschluß seiner Verträge, die seinen Unternehmungen besondere Privilegien einräumen, zu einer Zeit, da in Griechenland kein Parlament und keine Kontrolle durch die Presse existieren.